

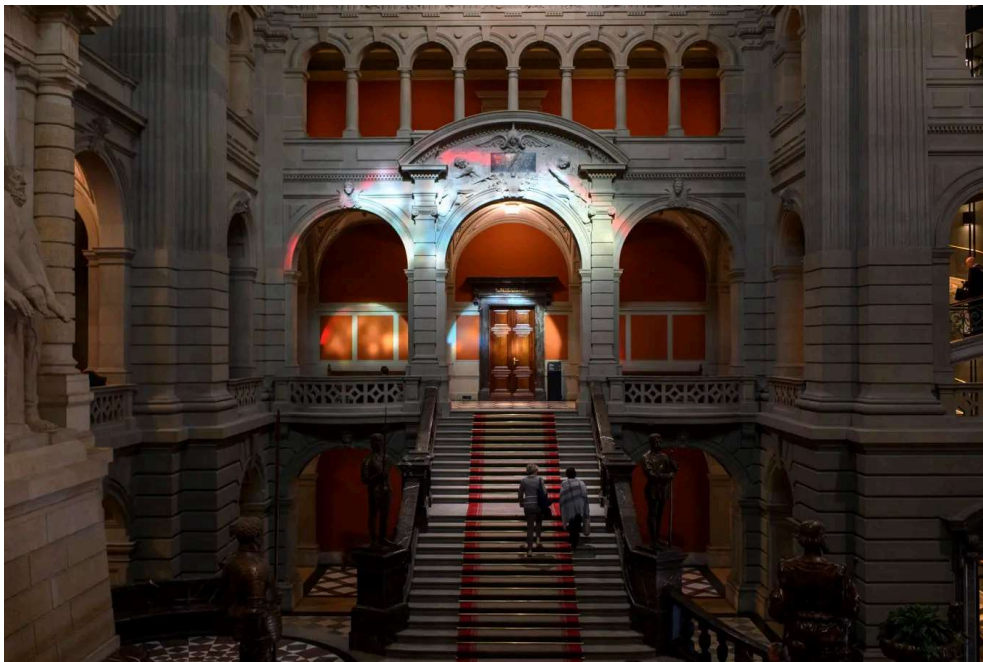
GASTKOMMENTAR

Jérôme Hayoz

Ohne Wertschätzung für das Bundespersonal gibt es keinen effizienten Staat

Die Löhne des Bundespersonals seien zu hoch, die Anstellungsbedingungen zu gut, heisst es in der Politik gerne. Das ist nicht nur falsch, es schwächt längerfristig auch die Qualität der Arbeit in der Verwaltung.

18.01.2025, 21:45 Uhr ⌚ 3 min



Im Bundeshaus arbeiten nicht nur Politiker, sondern auch Angestellte der Verwaltung. Ihre Löhne sind immer wieder Gegenstand von Debatten.

Anthony Anex / Keystone

Immer wieder sind die Arbeitsbedingungen und die Löhne des Personals der Bundesverwaltung Thema in der Politik und in der Öffentlichkeit. Die teilweise polemischen Verlautbarungen nehmen dabei die Züge eines Bashings an. Ausgangspunkt dafür war die Publikation der Studie des Instituts für Wirtschaftspolitik (IWP) der

Universität Luzern vor zwei Jahren. Diese sprach reisserisch von durchschnittlich 11,6 Prozent höheren Löhnen in der Bundesverwaltung. Eine vom Parlament gewünschte Vergleichsstudie wurde von PricewaterhouseCoopers erstellt und kam zum Schluss, die Löhne und Anstellungsbedingungen beim Bund seien zeitgemäss und im Rahmen vergleichbarer Privatfirmen. Leider spricht davon bis heute fast niemand.

Was machen diese Angriffe mit den Menschen dahinter? Mit der Grenzwächterin oder dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Bundesverwaltung? «Es ist, wie es ist», sagen viele Bundesangestellte resigniert, wenn man sie auf die permanenten Angriffe gegen ihre Arbeit anspricht. Eine andere, bedenklichere Antwort lautet: «Ich sage oft gar nicht mehr, dass ich beim Bund arbeite.»

Das sind keine erfundenen Aussagen, sondern solche, die wir als Personalverband des Bundes als Reaktion auf die aktuellen Angriffe hören. Dabei sind sich die meisten Angestellten der Bundesverwaltung durchaus bewusst, dass sie eine gute Arbeitgeberin mit korrekten Arbeitsbedingungen und Löhnen haben.

Trotzdem mehren sich die Zweifel hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit, da das Bild des «Steuergeld schmarotzenden Beamten» – den Beamtenstatus gibt es zwar seit über zwanzig Jahren nicht mehr – in der Öffentlichkeit wieder die Oberhand gewinnt. Dies nagt am beruflichen Selbstverständnis. Wie würden sich eine Gärtnerin oder ein Informatiker aus der Privatwirtschaft fühlen, wenn man ihnen regelmässig um die Ohren schlagen würde, sie seien faul und bezögen einen zu hohen Lohn?

Die Öffentlichkeit täte gut daran, ein seit 2012 stabiles Resultat aus der jährlichen Personalbefragung des Bundes zur Kenntnis zu nehmen. Die Aussage «Ich bin bereit, für die Bundesverwaltung eine überdurchschnittliche Leistung zu erbringen» erzielt dort stets einen Zustimmungswert um die 85 Prozent – ein Höchstwert in der Befragung und für die Steuerzahlenden durchaus erfreulich. Er sorgt

nicht nur für eine hohe Qualität der Leistungen, sondern auch für eine effiziente Bundesverwaltung.

Wir erinnern uns zu gut an den Spätwinter/Frühling 2020, als die Corona-Pandemie auch unser Land erfasste. Dank einer stabilen und starken Wirtschaft, aber eben auch dank der Arbeit von unzähligen Angestellten der Bundesverwaltung und von anderen öffentlichen Verwaltungen war das Weiterfunktionieren der Schweiz garantiert. Was innerhalb weniger Tage auf die Beine gestellt und umgesetzt wurde, ist nur mit einer hochwertigen und effizienten öffentlichen Verwaltung möglich. Auch wenn nicht alles einwandfrei funktionierte und die eine oder andere Privatperson oder auch Unternehmung länger auf Unterstützung warten musste als gedacht, ist es der grossen Mehrheit der Bevölkerung heute bewusst, dass die Schweiz diese Krise doch gut meistern konnte.

Doch nicht nur die ständigen Angriffe auf die Arbeitsbedingungen des Bundespersonals schlagen auf dessen Moral. Auch die Rufe nach Stellenplafonierung oder Personalabbau sorgen für Druck. Dabei ist der wachsende Bedarf an Personal nicht von der Verwaltung selbst verschuldet. Sondern durch die Entscheide des Parlaments.

Die aktuellen Herausforderungen der Zeit sorgen zudem dafür, dass immer mehr und komplexere Arbeiten in der Verwaltung mit der gleichen Anzahl Stellen zu erledigen sind. Den Ämtern, die unter der steigenden Arbeitslast ächzen, wird seit Jahren befohlen, ihre Aufgaben zu überprüfen und noch effizienter zu werden. Dies mag vielleicht eine Zeitlang funktionieren, aber irgendwann beginnen nicht nur die Qualität und das Ergebnis der Arbeit darunter zu leiden, sondern auch die Zufriedenheit und damit die Gesundheit der Mitarbeitenden. Dies schlägt sich im schlimmsten Fall in mehr Krankheitsabsenzen nieder, die der öffentlichen Hand auch wieder Kosten verursachen.

Es ist sicher wichtig und richtig, dass ein Parlament und die Öffentlichkeit die Arbeit der öffentlichen Verwaltung kritisch

begleiten. Dies sollte aber in den dafür vorgesehenen Gremien in einem konstruktiven Kontext und in gegenseitigem Vertrauen geschehen. Polemische Vorstösse und Halbwahrheiten säen da nur Missgunst und sind nicht hilfreich. Das Bundespersonal leistet einen wichtigen Beitrag an den Service public und für ein verlässliches Funktionieren des Staates.

Jérôme Hayoz, 45, ist seit dem 1. Oktober 2021 Generalsekretär des Personalverbandes des Bundes (PVB). Hayoz machte eine Ausbildung als Hochbauzeichner, bildete sich zum Erwachsenenbildner weiter und ist seit bald 20 Jahren in der Gewerkschafts- und Personalverbandsarbeit tätig, etwa beim Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) oder der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV).

Ein Artikel aus der «[NZZ am Sonntag](#)»